

Antrag

der Fraktion Die Linke

Keine Mieterhöhungen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die landeseigenen Wohnungsunternehmen anzuweisen, die zum 1. Januar 2025 angekündigten Mieterhöhungen für etwa 100.000 landeseigene Wohnungen zurückzunehmen und auf sämtliche Mieterhöhungen für Mietwohnungen für das Jahr 2025 zu verzichten.

Sofern den landeseigenen Wohnungsunternehmen hieraus relevante Mindereinnahmen für geplante Investitionen entstehen, soll dies durch Eigenkapitalzuschüsse ausgeglichen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Dezember 2024 zu berichten.

Begründung:

Der Senat hat am 07.10.2024 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen erklärt, dass alle sechs landeseigenen Wohnungsunternehmen ihre Mieten zu Beginn des kommenden Jahres erneut deutlich steigern wollen. Insbesondere bislang vergleichsweise günstige Wohnungen mit Mieten unter sieben Euro pro Quadratmeter sind demnach betroffen. Die durchschnittlichen Steigerungsraten liegen zwischen 7,9 Prozent bis 9 Prozent. Es soll zu Mieterhöhungen für ca. 20.000 Wohnungen bei der Gewobag, für ca. 20.000 Wohnungen bei der Degewo, ca. 28.000 Wohnungen bei der Howoge, ca. 12.500 Wohnungen der Gesobau sowie 10.000 Wohnungen bei der WBM kommen.

Auf Nachfrage erklärte Staatssekretär Machulik im Ausschuss, dass der Senat trotz weiter steigender Mietenbelastung für zehntausende Berliner Haushalte „keine Notwendigkeit“ sehe „über eine Deckelung nachzudenken.“ In diesem Jahr wurden bereits die Mieten für knapp 155.000 landeseigene Wohnungen erhöht.

Der Senat von CDU und SPD dreht an der Mietenspirale mit und erhöht die Mieten für fast 100.000 landeseigene Wohnungen. Anstatt die wenigen noch günstigen Wohnungen bei den kommunalen Unternehmen besonders zu sichern, sollen die Mieten hier nun besonders stark steigen. Damit reduziert sich der mietpreisdämpfende Effekt der kommunalen Wohnungsbestände. Die neuen Mieterhöhungen werden insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen treffen, die dringend auf niedrige Mieten angewiesen sind.

Es steht zu befürchten, dass zum Ende des Jahres zusätzlich noch Heizkosten-Nachzahlungen auf tausende Haushalte bei den landeseigenen Wohnungen hinzukommen. Angesichts dieser sich weiter zuspitzenden Entwicklung ist es fatal, dass der Senat keine Notwendigkeit sieht, eine Deckelung der Mieten zu erwägen.

Die Mieterhöhungen werden mit hohen Kosten für Investitionen für Neubau und energetische Modernisierung begründet. Eine Finanzierung durch steigende Mieten im Bestand ist der falsche Weg. Anstatt weiter die Mieten anzuheben, braucht es neue Finanzierungswege. Der Senat sollte künftig den kommunalen Neubau durch Transaktionskredite direkt finanzieren. Das entlastet den Druck für die Unternehmen, die Mieten bei den Bestandswohnungen weiter anzuheben.

Berlin, den 08.10.2024

Helm Schulze Schenker
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke